

Arbeitskreis Konjunktur des IWH

Article

Konjunktur aktuell: Wirtschaft im Bann der Corona-Epidemie

Konjunktur aktuell

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Arbeitskreis Konjunktur des IWH (2020) : Konjunktur aktuell: Wirtschaft im Bann der Corona-Epidemie, Konjunktur aktuell, ISSN 2195-8319, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 8, Iss. 1, pp. 2-22

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/223212>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Konjunktur aktuell

1/2020

12. März 2020, 8. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **s. 02**

Wirtschaft im Bann der Corona-Epidemie

Die Corona-Epidemie blockiert die konjunkturelle Erholung in Deutschland. Im Jahr 2020 beträgt der Produktionszuwachs unter der Annahme, dass die Epidemie in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften noch zeitnah eingedämmt werden kann, 0,6%. Dabei dürfte die Expansion in Ostdeutschland mit 1% höher ausfallen als in Westdeutschland. Sollte die Ausbreitung der Krankheit nicht drastisch reduziert werden können, ist mit einer Rezession in Deutschland zu rechnen.

Konjunktur aktuell: Wirtschaft im Bann der Corona-Epidemie

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Seit Ende Januar 2020 steht die Weltwirtschaft unter dem Eindruck der Corona-Epidemie. Nach ihrem Ausbruch in China sind dort im ersten Quartal Produktion und Nachfrage eingebrochen. Mit dem deutlichen Rückgang der Neuerkrankungen kommt das Wirtschaftsleben in China gegenwärtig nach und nach wieder in Gang. Zugleich steigt aber andernorts die Zahl der Krankheitsfälle, und für viele fortgeschrittene Volkswirtschaften ist mit ähnlichen wirtschaftlichen Folgen wie in China zu rechnen. Die vorliegende Prognose unterstellt, dass sich die Ausbreitung der Epidemie insgesamt wie in China eindämmen lässt. Unter dieser Annahme dürfte die Weltkonjunktur im ersten Halbjahr 2020 sehr schwach bleiben, sich aber ab dem Sommer langsam erholen.

Die Epidemie hat die deutsche Konjunktur zu einem Zeitpunkt getroffen, als eine längere Schwächephase zu Ende zu gehen schien. Nun ist jedoch mit einem Einbruch des Welthandels in der ersten Jahreshälfte 2020 zu rechnen. Zudem dämpft die mit der Epidemie einhergehende Verunsicherung wirtschaftliche Aktivitäten auch in Deutschland. Die Produktion wird im zweiten Quartal 2020 wohl leicht zurückgehen. Mit der unterstellten Verzögerung neuer Infektionen in- und außerhalb Deutschlands in der zweiten Jahreshälfte dürfte die Konjunktur im kommenden Winterhalbjahr recht kräftig anziehen. Die Produktion liegt im Jahr 2020 demnach um 0,6% höher als im Vorjahr, im Jahr 2021 steigt die Rate auf 2,0%. Die Wirtschaft in Ostdeutschland expandiert im Jahr 2020 mit 0,9% stärker als die gesamtdeutsche Wirtschaft. Ein wesentliches Risiko für diese Prognose ist ein starker Anstieg der Corona-Erkrankungen. Dieser könnte zeitweise zu einem erheblichen Rückgang des Arbeitseinsatzes führen. Hinzu kommt, dass präventive Maßnahmen und steigende Unsicherheit der privaten Haushalte und der Unternehmen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage spürbar dämpfen könnten.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2018 bis 2021

	2018	2019	2020	2021
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	1,5	0,6	0,6	2,0
darunter: Ostdeutschland ^a	1,9	1,0	0,9	1,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	1,3	0,6	0,7	0,7
Tariflöhne je Stunde	2,9	3,2	2,2	2,2
Effektivlöhne je Stunde	3,0	3,2	2,1	2,6
Lohnstückkosten ^b	2,5	3,4	2,2	1,3
Verbraucherpreisindex	1,8	1,4	1,2	1,4
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	44 854	45 251	45 474	45 754
Arbeitslose ^c	2 340	2 267	2 249	2 197
in %				
Arbeitslosenquote ^d	5,0	4,8	4,7	4,6
darunter: Ostdeutschland ^a	6,8	6,4	6,2	6,1
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	1,9	1,4	0,7	-0,1
Leistungsbilanzsaldo	7,4	7,7	7,4	7,2

^a Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ^b Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^c Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ^d Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2020: Prognose des IWH (Stand: 12.03.2020).

* Brautzsch, Hans-Ulrich; Claudio, Joao Carlos; Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Wieschemeyer, Matthias; Zeddies, Götz.

Internationale Konjunktur: Virus trägt Krise aus China in die Welt

Seit Ende Januar 2020 steht die Weltwirtschaft unter dem Eindruck der weltweiten Corona-Epidemie. Die Krankheit nahm von Zentralchina ihren Ausgang und hat sich mittlerweile auf alle Kontinente verbreitet. Sie dürfte die Konjunktur weltweit stark dämpfen. Maßgeblich dafür ist im ersten Quartal der Einbruch von Produktion und Nachfrage in China, wo mit 16% ein erheblicher Teil der Weltproduktion und über 20% der Produktion von Industriegütern stattfindet. Zu Produktionsverlusten ist es vor allem als Folge des Bemühens gekommen, Ansteckungen zu vermeiden oder gering zu halten. In vielen Großbetrieben wurden die mit dem chinesischen Neujahresfest (dieses Jahr am 25.1.) beginnenden Werksferien verlängert, Personengruppen und Orte wurden isoliert, Reisen unterbunden und öffentliche Veranstaltungen abgesagt. Diese Restriktionen werden mit dem Rückgang der Neuerkrankungen gegenwärtig nach und nach aufgehoben. Zugleich steigt aber die Zahl von Krankheitsfällen in anderen Ländern, besonders hoch ist sie gegenwärtig (10. März) in Italien, Südkorea und im Iran. In diesen Ländern gibt es schon jetzt relativ zur Bevölkerungszahl mehr Krankheitsfälle als in China. Für viele fortgeschrittene Volkswirtschaften ist mit ähnlichen wirtschaftlichen Folgen wie in China zu rechnen. Zwar dürften staatliche Zwangsmaßnahmen häufig eine geringere Rolle spielen, an ihre Stelle dürften aber Reaktionen von Unternehmen und Haushalten treten. So wird die hohe Verunsicherung dazu führen, dass eine Vielzahl von Aktivitäten zurückgestellt werden.

Wie stark und für wie lange die Konjunktur in den einzelnen Ländern und weltweit gedämpft wird, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwer abzuschätzen. An den Kapitalmärkten wird damit gerechnet, dass der Schaden über einen kurzfristigen China-Effekt hinausgeht. Seit in der zweiten Februarhälfte die Fallzahlen in vielen Ländern außerhalb Chinas gestiegen sind, haben die Aktienkurse weltweit deutlich nachgegeben – nach dem MSCI-Index um mehr als 15% gegenüber Mitte Februar; allerdings waren sie zuvor auch kräftig gestiegen, so dass ein Teil der Kursabschläge auch als Korrektur von Übertreibungen verstanden werden kann. Dass die Ölpreise schon seit Januar nachgegeben haben (von 68 US-Dollar zu Jahresanfang auf zurzeit unter 40 US-Dollar je Barrel Brent), liegt wohl an der besonderen Bedeutung der Ölnachfrage aus China.¹

Noch zur Jahreswende 2019/2020 waren an den Finanzmärkten Hoffnungen aufgekeimt, dass der Abschwung der internationalen Konjunktur ans Ende kommt, und auch im Verarbeitenden Gewerbe verbesserte sich die Stimmung im Januar. Wesentliche Gründe dafür waren von der Politik gekommen: Der Mitte Januar zwischen den USA und China abgeschlossene Phase-One-Deal lässt eine Zuspitzung des Konflikts zwischen den beiden Wirtschaftsmächten für die nächste Zeit unwahrscheinlich erscheinen. Zudem konnte mit dem Ausstiegsabkommen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union ein harter Brexit vermieden werden. In diesem Jahr (und möglicherweise noch etwas länger) bleibt Großbritannien im Binnenmarkt. Die beiden Verträge ließen die wirtschaftspolitische Unsicherheit (etwa gemessen am Baker-Bloom-Davis-Index) sinken. Allerdings sind Indikatoren zur realwirtschaftlichen Aktivität weiterhin gemischt ausgefallen: Der Produktionszuwachs fiel im vierten Quartal 2019 in China und in Korea etwas kräftiger aus als zuvor, in den USA blieb er unverändert. Im Euroraum hat die Produktion aber kaum zugelegt, und in Japan ist sie, wohl auch wegen einer Mehrwertsteuererhöhung im Oktober, kräftig (um 1,6%) gefallen.

Die Preisdynamik ist in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften weiterhin entweder deutlich (Japan, Euroraum) oder etwas (USA, Großbritannien) niedriger als von den Zentralbanken angestrebt. Dies erklärt die expansiven geldpolitischen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) vom September und die Leitzinssenkung der US-Notenbank vom Oktober 2019. Die US-Notenbank hat Anfang März auf die durch die Epidemie ausgelösten Konjunktursorgen mit einer Senkung des Leitzinses um einen halben Prozentpunkt auf 1 bis 1,25% reagiert, die kanadische Notenbank und die Bank von England sind ihr mit dem gleichen Zinsschritt gefolgt. Die langfristigen Renditen für US-Staatstitel sind daraufhin auf ein Allzeittief gefallen (für Bonds mit 10-jähriger Laufzeit auf deutlich unter 1%). Die chinesische Zentralbank hat den Geschäftsbanken schon Mitte Februar besonders zinsgünstige Kredite zur Verfügung gestellt. Die Corona-Epidemie dürfte auch andernorts

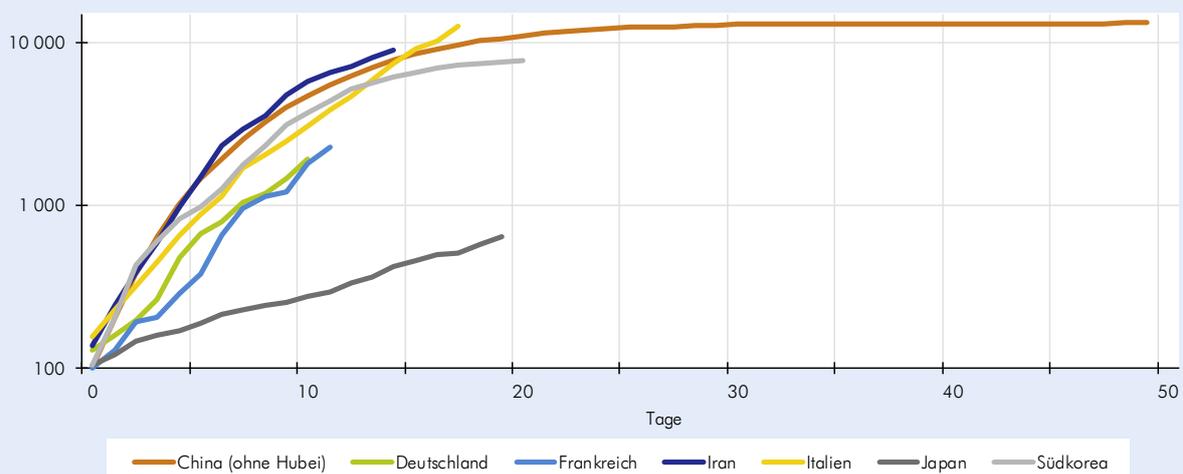
¹ Nachdem sich die OPEC-Länder und Russland nicht auf eine Fortsetzung der Fördermengenbegrenzung von April an einigen konnten, brach der Ölpreis am 9. März zwischenzeitlich um etwa 30% ein. In der vorliegenden Prognose wird davon ausgegangen, dass eine zeitnahe Einigung zwischen den wichtigsten Förderländern erfolgt und sich der Ölpreis auf dem Niveau von Anfang März stabilisiert.

zum Anlass genommen werden, die Geldpolitik erneut zu lockern. Weniger Spielraum für eine Lockerung der Geldpolitik haben die Zentralbanken in den Visegrád-Ländern, denn dort haben die Kerninflationen recht deutlich angezogen.

Für die Finanzpolitik war in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften für das Jahr 2020 ein alles in allem in etwa neutraler Kurs geplant: In den USA sind die starken Impulse der Einkommensteuerreform und der Ausgabenprogramme nun ausgelaufen. In Japan wurde im Oktober die Mehrwertsteuer von 8% auf 10% heraufgesetzt, und Maßnahmen wie die Kostensenkung für Kinderbetreuung werden die kontraktive Wirkung der Steuererhöhung nur teilweise kompensieren können. Eine leicht expansive Ausrichtung der Finanzpolitik im Jahr 2020 war im Euroraum und, nach einer langjährigen Konsolidierungsphase, auch in Großbritannien geplant. Nun wird die Corona-Epidemie in manchen Ländern, etwa in China und Japan, zum Anlass genommen, auch den Expansionsgrad der Finanzpolitik zu erhöhen. Für Länder des Euroraums dürften nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt die dort vereinbarten Defizitgrenzen in diesem Jahr keine Anwendung finden, denn die Epidemie kann wohl als ein außergewöhnliches Ereignis gelten, das sich der Kontrolle der Regierungen entzieht.

Abbildung 1
Bestätigte Corona-Fälle seit Ausbruch

(Log. Skalierung, Basistag: erster Tag mit 100 oder mehr Fällen)

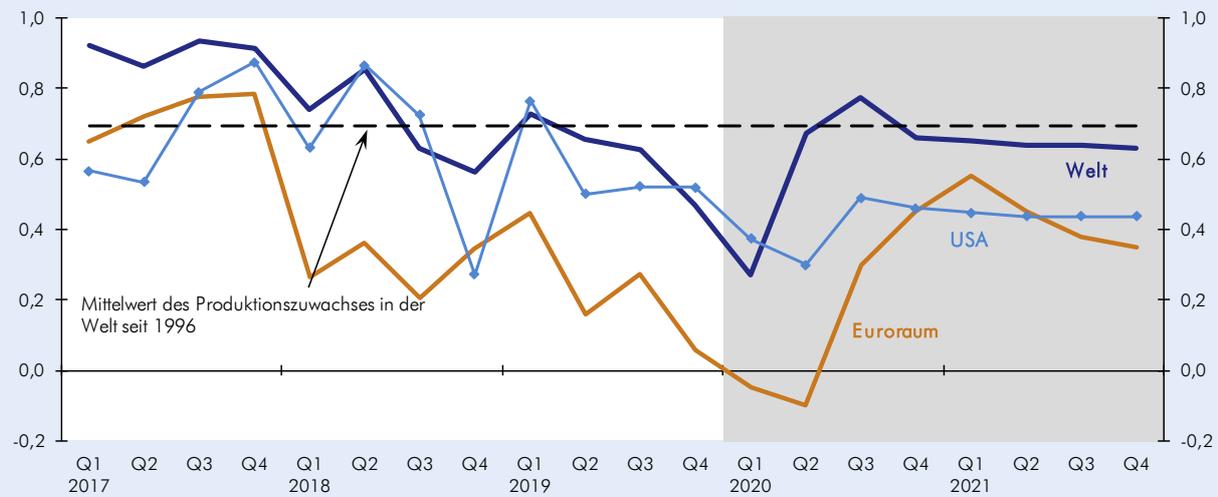


Quellen: Johns Hopkins CSSE; Berechnungen des IWH, Stand 10.03.2020.

Die vorliegende Prognose unterstellt, dass die Epidemie in China weiter an Intensität verliert, aber das ganze Jahr 2020 über anhält, und dass sich die chinesische Konjunktur nach einem Einbruch im ersten Quartal in den folgenden Quartalen langsam erholt. Für die anderen weltwirtschaftlichen Zentren wird ebenfalls unterstellt, dass die Ausbreitung der Epidemie bald deutlich verlangsamt werden kann, wie es sich jüngst für Südkorea abzuzeichnen scheint (vgl. Abbildung 1). Unter dieser Annahme dürfte die Weltkonjunktur auch wegen Unterbrechungen in den internationalen Lieferketten im ersten Halbjahr 2020 schwach bleiben, aber nicht einbrechen, und sich ab dem Sommer langsam erholen (vgl. Abbildung 2). Alles in allem legt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2020 um 2,1% und im Jahr 2021 um 2,7% zu (vgl. Tabelle A1). Der Welthandel mit Gütern stagniert in diesem Jahr, für das Jahr 2021 wird mit einer Expansionsrate von 2,4% gerechnet.

Die mit dieser Prognose verbundene Unsicherheit ist naturgemäß hoch, denn sie hängt entscheidend an Annahmen über den Verlauf der Corona-Epidemie. Gelänge es, sie ähnlich wie SARS im Jahr 2003 rasch zu beenden, würde sich die internationale Wirtschaft wohl rasch erholen. Es besteht aber auch das Risiko, dass sich die Epidemie das ganze Jahr 2020 über in den weltwirtschaftlichen Zentren ausbreitet. In diesem Fall wäre mit einer weltwirtschaftlichen Rezession zu rechnen.

Abbildung 2
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums
 Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IMF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2020 und 2021: Schätzung und Prognose des IWH.

Darüber hinaus stellt für Europa der Austritt Großbritanniens aus der EU nach wie vor ein erhebliches Konjunkturrisiko dar. Denn schon für Ende 2020 droht erneut ein „harter Brexit“. Unsicherheit über die europapolitischen Rahmenbedingungen auch in der kurzen Frist könnte dann schnell wieder steigen, wenn der Eindruck entsteht, dass die britische Regierung in den Verhandlungen über einen Handelsvertrag ein Scheitern bewusst riskiert.

Kasten 1

Annahmen und Prognosen bezüglich der Rahmenbedingungen

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen und Prognosen zugrunde: Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2020 bei 55 und im Jahr 2021 bei 61,5 US-Dollar pro Barrel.^{K1.1} Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis Ende des Jahres 2021 bei 1,11 Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist ungefähr so hoch wie im vergangenen Jahr. Gegenüber dem übrigen Euroraum wird sie etwas geringer. Der Welthandel mit Waren (CPB) stagniert im Jahr 2020 und expandiert im Jahr 2021 um 2,3%. Die EZB senkt ihren Einlagezinssatz im März auf -0,6%. Die monetären Rahmenbedingungen bleiben für die deutsche Wirtschaft günstig.

Es wird unterstellt, dass die Übergangsphase für den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union Ende 2020 ausläuft, ohne dass eine vertragliche Anschlussregelung gefunden wird, dass aber pragmatische Regelungen eine Fortsetzung der dringlichsten wirtschaftlichen Transaktionen zwischen den beiden Wirtschaftsräumen ermöglichen und auch der europäische Finanzsektor stabil bleibt.

Die Finanzpolitik bleibt im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet. Im laufenden Jahr erhöhen sich die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte durch die erneute Verschiebung der Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer sowie die Anhebung des Grund- und Kinderfreibetrags nochmals deutlich. Zudem regen die zusätzlichen investiven Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag, etwa der Breitbandausbau oder der ‚DigitalPakt Schule‘, sowie die zusätzlichen Ausgaben des Energie- und Klimafonds im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 die Nachfrage an.^{K1.2} Darüber hinaus wurden diverse monetäre Sozialleistungen ausgeweitet, etwa im Rahmen des Starke-Familien-Gesetzes, durch Änderungen beim BAföG, die Erhöhung des Wohngeldes oder verschiedene rentenpolitische Maßnahmen. Schließlich resultieren aus diversen finanzpolitischen Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung, allen voran aus dem Terminservice- und Versorgungsgesetz, sowie im Pflegebereich staatliche Mehrausgaben. Auf der Einnahmeseite ergeben sich bei den Sozialversicherungen keine zusätzlichen Impulse. Zwar wurde in der

gesetzlichen Krankenversicherung ein Freibetrag für Betriebsrenten eingeführt und der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wurde zum 1. Januar 2020 leicht gesenkt. Dem steht aber der Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung gegenüber (vgl. Tabelle A15 im Online-Anhang). Alles in allem beläuft sich der Impuls aus diskretionären finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2020 auf 0,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2021 schwenkt die Finanzpolitik auf einen noch etwas expansiveren Kurs ein. Durch den Abbau des Solidaritätszuschlags und weitere Steuerrechtsänderungen belaufen sich die steuerlichen Entlastungen auf über 15 Mrd. Euro. Hinzu kommt die Einführung der Grundrente sowie die Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Januar 2021. Schließlich laufen die investiven Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag weiter an. Vom Klimapaket gehen insgesamt keine Nachfragempulse aus, weil den geplanten Mehrausgaben des Energie- und Klimafonds und der Senkung der EEG-Umlage entsprechende Mehreinnahmen durch die CO₂-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr gegenüberstehen. Alles in allem beläuft sich der finanzpolitische Impuls im Jahr 2021 auf 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

^{K1.1} Die Setzungen für den Ölpreis ergeben sich aus der Prognose seiner nachfrageseitigen Determinanten. Vgl. zur Methodik ‚Zur Endogenisierung des Ölpreises in der vorliegenden Prognose‘: Arbeitskreis Konjunktur des IWH, Robuste Binnenkonjunktur kompensiert schwächere Exportdynamik, in: *IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 3 (5), 2015*, 188-189.

^{K1.2} Vgl. dazu *Drygalla, A., Heinisch, K., Holtemöller, O., Lindner, A., Schult, Ch., Wieschemeyer, W., Zeddies, G.*: Sinkendes Potenzialwachstum in Deutschland, beschleunigter Braunkohleausstieg und Klimapaket: Finanzpolitische Konsequenzen für die Jahre bis 2024, in: *IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 7 (4), 2019*, 109-120.

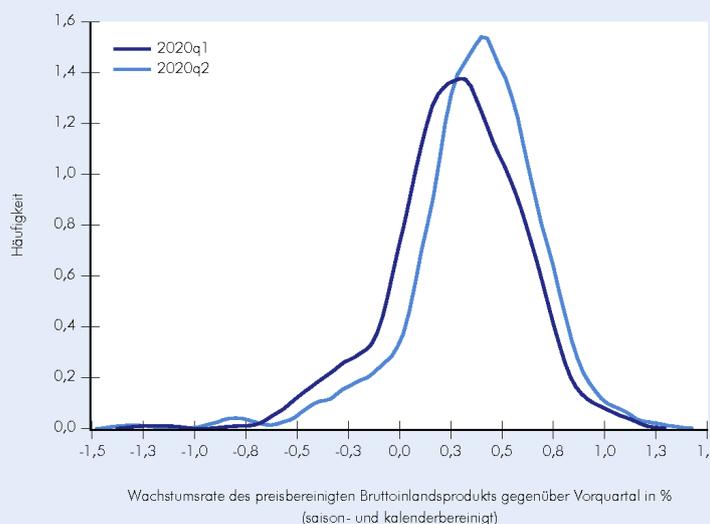
Corona-Virus blockiert konjunkturelle Erholung in Deutschland

Im Frühjahr 2020 hat die Corona-Epidemie die Aussichten für die deutsche Konjunktur erheblich eingetrübt. Viele Unternehmen haben gegenwärtig mit dem Ausfall von Vorleistungsgütern und von Nachfrage aus China zu kämpfen. Auch wenn die chinesische Produktion langsam wieder in Gang zu kommen scheint, ist die drastische Verschlechterung der internationalen Konjunktur eine schwere Belastung für die weltwirtschaftlich stark verflochtene deutsche Wirtschaft, zumal sich die Krankheit auch in anderen wichtigen Partnerländern, besonders in Italien, und in Deutschland selbst stark ausbreitet.

Die Epidemie hat die deutsche Konjunktur zu einem Zeitpunkt getroffen, als eine längere Schwächephase zu Ende zu gehen schien: Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe ist die vergangenen ein- bis zwei Jahre geschrumpft, vor allem infolge der weltweiten Handelskonflikte und des Brexit. Das Bruttoinlandsprodukt hat im vierten Quartal 2019 ebenso wie der private Konsum stagniert, Exporte und Ausrichtungsinvestitionen sind sogar zurückgegangen. Dass die Produktion insgesamt nicht ebenfalls zurück-

Abbildung 3
Einzelindikatorprognosen für das erste Halbjahr 2020 (ohne Corona-Effekte)

Verteilung nach Wachstumsraten

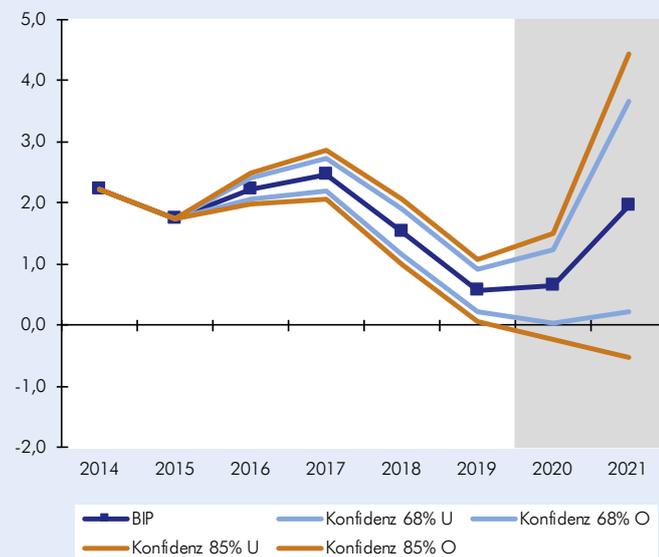


Quellen: Statistisches Bundesamt; IWH-Flash-Indikator vom 18.02.2020.

ging, lag auch daran, dass die Unternehmen ihre Lager kaum noch abbauten (vgl. Tabelle A9 im Online-Anhang). Anlass zu mehr Zuversicht gab die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den internationalen Handel durch den Phase-One-Deal zwischen den USA und China. Entsprechend sind die zuvor sehr pessimistischen Ifo-Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe seit Herbst deutlich gestiegen. Anfang Januar legten die Auslandsaufträge für das Verarbeitende Gewerbe zum ersten Mal seit zwei Jahren deutlich zu. Auch der IWH-Flash-Indikator deutet darauf hin, dass die Produktion im ersten Halbjahr 2020 wieder anziehen sollte (vgl. Abbildung 3). Allerdings stammt die Vielzahl von Indikatoren, die in den Index eingehen, noch aus der Zeit vor Ende Januar, als die ökonomischen Folgen der Corona-Epidemie noch kaum Beachtung fanden. Nun ist mit einem Einbruch des Welthandels in der ersten Jahreshälfte 2020 zu rechnen. Zudem dürfte die mit der Epidemie einhergehende Verunsicherung wirtschaftliche Aktivitäten weltweit und auch in Deutschland dämpfen. So dürften manche Ausrüstungsinvestitionen vom ersten ins zweite Halbjahr 2020 verschoben werden. Alles in allem ist für die Produktion in Deutschland in den beiden ersten Quartalen 2020 mit einem leichten Rückgang zu rechnen (vgl. Abbildung A3 im Online-Anhang). Verwendungsseitig sind insbesondere Exporte und Importe betroffen, aber auch der private Konsum dürfte im ersten Halbjahr 2020 schwächeln. Konsum wie der Besuch öffentlicher Veranstaltungen, der Ansteckungsrisiken erhöht, wird zurückgeführt. Dagegen haben Verbrauchsartikel, die gegenwärtig vermehrt nachgefragt werden, wie langlebige Nahrungsmittel oder Hygieneartikel, nur einen geringen Anteil am Ausgabenbudget privater Haushalte. Die gute Baukonjunktur setzt sich dagegen das ganze Jahr 2020 über fort, auch aufgrund der weiterhin sehr günstigen Finanzierungsbedingungen und der Wohnraumknappheit in Ballungszentren. Die Konjunktur wird auch durch die expansive Finanzpolitik gestützt (vgl. Kasten 1). Die Prognose unterstellt für die zweite Jahreshälfte ein Abflauen der Epidemie in- und außerhalb Deutschlands, und mit einer langsamen Rückkehr zur Normalität dürfte die Produktion im kommenden Winterhalbjahr recht kräftig expandieren.

Unter diesen Umständen sind die Produktionskapazitäten Mitte 2021 in etwa wieder normal ausgelastet (vgl. Kasten 2). Auf die Beschäftigung dürfte der vorübergehende Produktionsrückgang nur wenig durchschlagen. Die Unternehmen werden sich zwar mit Neueinstellungen zurückhalten, aber bestrebt sein, ihr Personal zu halten. Zudem findet schon seit einiger Zeit der Beschäftigungsaufbau bei den Dienstleistern und dort vor allem im Bereich Erziehung, Unterricht und Gesundheitswesen statt, also in Wirtschaftszweigen, die vom gegenwärtigen konjunkturellen Rückschlag kaum oder gar nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität dürfte im Jahr 2020 leicht zurückgehen, nachdem sie schon im Vorjahr lediglich stagniert hat, und der seit einigen Jahren anhaltende Trend rasch steigender Lohnstückkosten setzt sich fort. Allerdings dürften die Arbeitnehmerentgelte langsamer steigen als in den vergangenen Jahren, denn der zeitweise Produktionsausfall lässt die Stunden je Beschäftigten sinken, und die Tarifabschlüsse dürften niedriger ausfallen als zuvor. Auf die Preisentwicklung wirkt der Fall des Ölpreises dämpfend. Die Verbraucherpreise dürften deshalb im Jahr 2020 mit 1,2 etwas langsamer zulegen als im Jahr zuvor.

Abbildung 4
Prognoseunsicherheit¹
Veränderung gegenüber Vorjahr in %



¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Kasten 2**Zur Schätzung des Produktionspotenzials**

Das IWH greift zur Bestimmung des Produktionspotenzials auf die Methode zurück, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Auf Basis der Schätzung des potenziellen Arbeitsvolumens, des Kapitalstocks und des trendmäßigen Verlaufs der Produktivität ergibt sich für den Zeitraum 2020 bis 2024 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 1,2% (vgl. Tabelle K2). Diese Berechnungen basieren auf der Annahme, dass das Produktionspotenzial durch den Ausbruch der Corona-Epidemie nicht spürbar beeinträchtigt wird.

Tabelle K2**Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode**Jahresdurchschnittliche Veränderung in %^a

	1996-2019 ^b		1996-2019		2019-2024	
Produktionspotenzial	1,4		1,4		1,2	
Kapitalstock	1,6	(0,5)	1,6	(0,5)	1,3	(0,5)
Totale Faktorproduktivität	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)	0,6	(0,6)
Arbeitsvolumen	0,4	(0,2)	0,3	(0,2)	0,2	(0,1)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0		0,0		0,1	
Partizipationsquote	0,6		0,5		0,2	
Erwerbsquote	0,2		0,2		0,0	
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,4		-0,4		0,0	
<i>Nachrichtlich:</i>						
Arbeitsproduktivität	1,1		1,1		1,0	

^a Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ^b Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die jährliche Zuwachsrate des potenziellen Arbeitsvolumens wird im Laufe des Projektionszeitraums von 0,6% im Jahr 2020 auf -0,3% im Jahr 2024 deutlich zurückgehen. Dieser Schätzung liegen im Einzelnen folgende Projektionen zu Grunde: Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-74 Jahre) wird von durchschnittlich 62,4 Mio. Personen im Jahr 2020 zunächst weiter auf 62,6 Mio. Personen bis zum Jahr 2022 ansteigen. Der Anstieg bis zum Jahre 2022 wird gestützt von einem Wanderungssaldo, der im Jahr 2020 gemäß Vorausberechnung noch 340 000 Personen umfasst und dann kontinuierlich auf 233 000 Personen im Jahr 2024 absinken wird. Ab dem Jahr 2023 überwiegt der durch die Altersstruktur der Bevölkerung bedingte Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter, so dass im Jahr 2024 von dann nur noch 62,5 Mio. Personen im erwerbsfähigen Alter ausgegangen wird.^{K2} Unter der Annahme einer sich abgeschwächt fortsetzenden weiteren Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Älteren und von Frauen wird die trendmäßige Partizipationsquote von knapp 75% im Jahr 2020 auf 75,5% im Jahr 2024 weiter ansteigen. Die strukturelle Erwerbslosenquote wird im Jahr 2024 mit 3,3% geringfügig höher liegen als im Jahr 2020 (3,0%). Der Rückgang der trendmäßigen Arbeitszeit je Erwerbstätigen wird sich abgeschwächt fortsetzen.

Der Kapitalstock wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 1,3% pro Jahr ausgeweitet werden. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen totalen Faktorproduktivität wird im Projektionszeitraum 0,6% betragen. Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandsproduktes ergibt sich somit für das Jahr 2020 eine Produktionslücke von -0,6%. Vor dem Hintergrund einer stärkeren Expansion des Bruttoinlandsprodukts und eines schwächer wachsenden Produktionspotenzials im Folgejahr wird sich die Lücke im Jahr 2021 wieder annähernd schließen. Wird die um den Kalendertageeffekt bereinigte Prognose des Bruttoinlandsprodukts zugrunde gelegt, so ergibt sich für die Jahre 2020 und 2021 eine betragsmäßig geringfügig größere Produktionslücke (vgl. Abbildung K2).

^{K2} Die Projektion der Bevölkerungsentwicklung beruht auf der Variante G2-L2-W2 der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts.



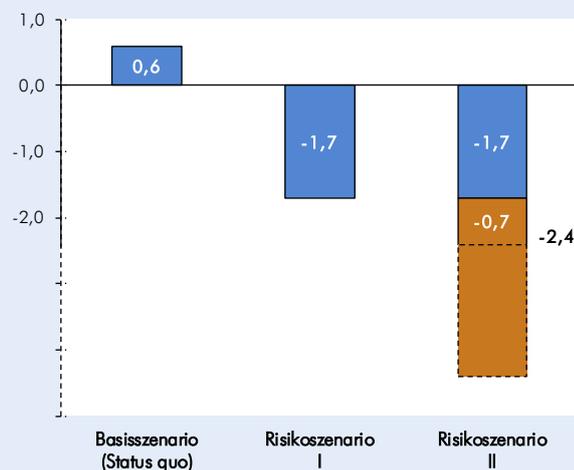
Das Bruttoinlandsprodukt steigt nach vorliegender Prognose im Jahr 2020 um 0,6% (vgl. Eckdatentabelle in der Zusammenfassung). Bereinigt um die Mehrzahl an Arbeitstagen, die kalenderbedingt 2020 anfallen, ergibt sich eine Rate von lediglich 0,3% (vgl. Tabelle A3). Im Jahr 2021 dürfte der Zuwachs bei 2,0% liegen. Für das Jahr 2020 reicht das 68%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 0% bis 1,2%, für das Jahr 2021 von 0,3% bis 3,7%. (vgl. Abbildung 4). Die besonderen Risiken dieser Prognose ergeben sich aus der im Kasten 3 thematisierten Unsicherheit über den Fortgang und die Wirkung der Epidemie (vgl. Abbildung 5).

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo dürfte sich im Jahr 2020 deutlich verringern. Der Rückgang geht in gleichen Teilen auf die konjunkturelle Abkühlung und die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik zurück. So werden die Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen mit den deutlich schwächer expandierenden Bruttolöhnen und -gehältern – erstere auch aufgrund der rückläufigen Unternehmens- und Vermögenseinkommen in den Jahren 2018 und 2019 – verlangsamt expandieren. Der Zuwachs des Steueraufkommens wird zudem durch die Entlastungen bei der Einkommensteuer gedämpft. Während die empfangenen Vermögenseinkommen und die empfangenen Vermögenstransfers nahezu stagnieren, gehen die Einnahmen aus sonstigen laufenden Übertragungen, die in den Vorjahren durch Strafzahlungen von Automobilkonzernen im Zusammenhang mit manipulierten

Abgaswerten überzeichnet waren, im Jahr 2020 weiter zurück. Die gesamtstaatlichen Ausgaben dürften im Jahr 2020 deutlich stärker zunehmen als die Einnahmen des Staates. Getrieben wird der Zuwachs der öffentlichen Ausgaben vor allem durch kräftig expandierende soziale Sachleistungen, bedingt durch die finanzpolitischen Maßnahmen im Gesundheits- und Pflegebereich. Ein starker Zuwachs wird auch bei den sonstigen

Abbildung 5
Risikoszenarien für die Konjunktur in Deutschland

Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Deutschland im Jahr 2020 in %



Anmerkungen: Basisszenario: kurzfristige Eindämmung der Infektionen; Risikoszenario I: Nachfrageeinbruch in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften; Risikoszenario II: zusätzlich erhebliche Einschränkungen des Arbeitsangebotes in Deutschland durch steigende Infektionszahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

laufenden Transfers zu verzeichnen sein, insbesondere aufgrund deutlich höherer Abführungen an die EU. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo verringert sich auf 23 Mrd. Euro bzw. 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Tabelle 1**Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

in Milliarden Euro

	2018	2019	2020	2021
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	62,4	49,8	23,1	-4,4
– Konjunkturkomponente ^a	18,9	3,7	-10,8	-1,4
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	43,6	46,1	33,9	-3,1
– Einmaleffekte ^b	-3,0	-0,2	-2,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	46,5	46,3	35,9	-3,1
+ Zinsausgaben des Staates	31,7	27,5	25,2	23,9
= Struktureller Primärsaldo	78,2	73,9	61,1	20,9
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	14,1	-4,4	-12,8	-40,2
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent</i>			
Struktureller Finanzierungssaldo	1,4	1,3	1,0	-0,1
Struktureller Primärsaldo	2,3	2,1	1,7	0,6
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	0,4	-0,2	-0,4	-1,2

^a Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – ^b Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Im Jahr 2021 werden die öffentlichen Haushalte ein leichtes Defizit aufweisen. Zwar führt das Wiederanziehen der Konjunktur bei den Einnahmen des Staates für sich genommen zu einer höheren Dynamik. Dieser stehen jedoch die Einnahmeausfälle durch den geplanten Abbau des Solidaritätszuschlags und weitere steuerliche Maßnahmen gegenüber. Staatliche Mehreinnahmen ergeben sich im Jahr 2021 aus der CO₂-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr. Diese fließen jedoch in vollem Umfang in Mehrausgaben für klimapolitische Maßnahmen. Zudem führt die Einführung der Grundrente, das weitere Anlaufen der investiven Maßnahmen sowie die deutliche Erhöhung des Kindergeldes zu Mehrausgaben. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo beläuft sich im Jahr 2021 auf -0,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Der strukturelle Primärsaldo verringert sich aufgrund der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik von 2,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 auf 0,6% im Jahr 2021 (vgl. Tabelle 1).

Stabilere Konjunktur in Ostdeutschland

In Ostdeutschland verläuft die Konjunktur zurzeit etwas günstiger als in Deutschland insgesamt. So lag die Produktion im Osten im ersten Halbjahr 2019 um 0,8% höher als im Vorjahreszeitraum, in Westdeutschland nur um 0,4%. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen: die verfügbaren Einkommen in Ostdeutschland expandieren etwas kräftiger als in Westdeutschland, auch wegen der Angleichung der Rentenwerte zwischen Ost und West, und weil der Abstand zwischen den Arbeitslosenquoten in Ost und West weiter abnimmt. Zudem haben sich die ostdeutschen Exporte etwas besser gehalten als die im Westen, nicht zuletzt, weil die für die ostdeutsche Wirtschaft wichtigen Absatzmärkte in den Visegrád-Ländern deutlich expandierten. Schließlich profitiert die ostdeutsche Wirtschaft gegenwärtig vom robusten privaten Verbrauch, denn die Produktion von Verbrauchsgütern ist hier wichtiger als in Westdeutschland, wo die konjunkturabhängige Investitionsgüterproduktion eine größere Rolle spielt. Auch der Einbruch der internationalen Konjunktur aufgrund der Epidemie dürfte der westdeutschen Wirtschaft mehr schaden als der ostdeutschen. Alles in allem dürfte die ostdeutsche Produktion im Jahr 2020 mit 0,9% den westdeutschen Zuwachs übertreffen (vgl. Eckdatentabelle in der Zusammenfassung). Im Jahr 2021 ist nach vorliegender Prognose die Zuwachsrate in Ostdeutschland mit 1,8% etwas geringer als in Westdeutschland. Die Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit geht von 6,4% im Jahr 2019 auf 6,2% im Jahr 2020 und 6,1% im Jahr 2021 zurück.

Kasten 3**Die Corona-Epidemie als Risiko für die deutsche Konjunktur**

Im Basisszenario dieser Prognose trifft die Corona-Epidemie die deutsche Wirtschaft vor allem über die gedämpfte Weltkonjunktur. Der Rückgang der Auslandsnachfrage, insbesondere aus den von der Krankheit besonders betroffenen Ländern China, Korea, Japan und Italien dürfte die Produktion in Deutschland erheblich beeinträchtigen. Massive Beeinträchtigungen der Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung in Deutschland und gesamtwirtschaftlich relevante Kaufzurückhaltung wurden hingegen nicht unterstellt, auch weil deren Quantifizierung besonders stark von Annahmen getrieben ist, solange keine verlässlichen statistischen Daten über die wirtschaftliche Aktivität in den Monaten Februar und März vorliegen. Die deutsche Konjunktur wird also im Basisszenario dieser Prognose von einem negativen außenwirtschaftlichen Schock getroffen. Das Ausmaß des negativen Effekts wird mithilfe des internationalen Konjunkturmodells des IWH abgeleitet (vgl. Abbildung K3.1). Dabei ist unterstellt, dass die Verbreitung des Virus in den weltwirtschaftlichen Zentren in der zweiten Jahreshälfte eingedämmt wird, so wie dies seit Mitte Februar in China zu gelingen scheint. Der außenwirtschaftliche Schock selbst wird als Einbruch der Nachfrage in den Ländern China, Korea, Japan und Italien modelliert.^{K3.1} Unter diesen Annahmen (Basisszenario), wird die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland im ersten Halbjahr deutlich gedämpft; es kommt aber nicht zu einer ausgeprägten Rezession.

Sollte sich die Epidemie in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften insgesamt so stark ausbreiten, dass es überall zu erheblichen Nachfragerückgängen kommt, dürfte die Weltproduktion noch einmal deutlich niedriger ausfallen als im Basisszenario (Risikoszenario 1). Einerseits dürften die privaten Haushalte auf Konsum verzichten, soweit damit Ansteckungsrisiken einhergehen. Das betrifft etwa Reisen, Restaurantbesuche oder öffentliche Veranstaltungen. Zwar steigt andererseits die Nachfrage nach einigen Gütern kurzfristig, etwa im Gesundheitsbereich oder die nach lagerfähigen Lebensmitteln und Hygieneartikeln. Deren Anteil am privaten Verbrauch ist aber deutlich geringer als der von negativ betroffenen Konsumkategorien, so dass der Gesamteffekt negativ sein dürfte. Verunsicherung über Stärke und Persistenz der Nachfrageeffekte könnte auch Unternehmen veranlassen, Investitionsprojekte zurückzustellen oder die Einstellung von Arbeitskräften zu verschieben. Basierend auf einem negativen Nachfrageschock von 2% in Relation zum privaten Konsum im zweiten und dritten Quartal 2020 ergibt sich eine Dämpfung der Weltproduktion um einen zusätzlichen Prozentpunkt verglichen mit dem Basisszenario.^{K3.2} In diesem Szenario würde es zu einer spürbaren Rezession in Deutschland kommen. Das Bruttoinlandsprodukt könnte dann im Jahresdurchschnitt 2020 um gut 2% niedriger ausfallen als im Basisszenario.

Darüber hinaus bestehen zusätzliche Abwärtsrisiken, die sich aus den Konsequenzen für das Arbeitsangebot in Deutschland ergeben (Risikoszenario 2). Erkrankungen können, auch wenn sie zumeist mild verlaufen, zeitweise zu einem erheblichen Rückgang des Arbeitseinsatzes führen. Weil die Krankheit recht leicht übertragbar scheint und Impfmittel vorerst nicht zur Verfügung stehen, werden Maßnahmen der Ansteckungsprävention allein die Epidemie vermutlich nicht kurzfristig stoppen können. Ein Ende ist demnach erst absehbar, wenn ein ausreichender Anteil der Bevölkerung gegen den neuen Erreger immun ist, weil die Betroffenen schon eine Infektion überstanden haben. Im vergangenen Jahrhundert hat es Beispiele für solche Pandemien gegeben: die spanische Grippe von 1918/19 und die Grippeepidemien von 1957 und 1968. In diesen Fällen bewegte sich der Anteil der innerhalb eines Jahres Erkrankten an der Gesamtbevölkerung in der Größenordnung zwischen 20 und 40%.^{K3.3} Dass eine solche Erkrankungswelle das Arbeitsvolumen über die einzelnen Quartale hinweg erheblich dämpfen könnte, zeigt eine Überschlagsrechnung

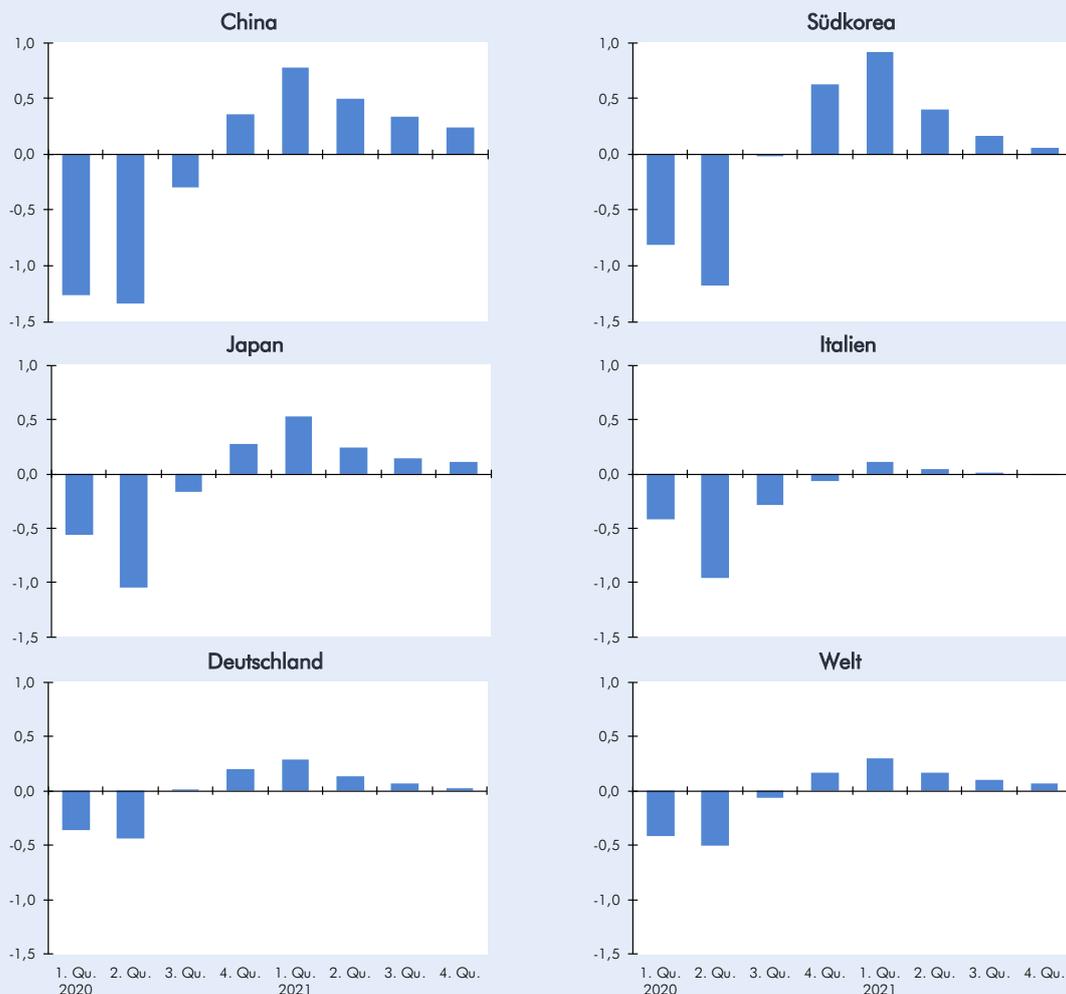
^{K3.1} Das Ausmaß des Nachfrageeinbruchs in diesen Ländern entspricht in etwa dem, was die OECD in ihrem jüngsten Konjunkturreport für ihr Coronavirus-Basisszenario unterstellt hat. Vgl. OECD (2020): Interim Economic Assessment, Coronavirus: The World Economy at Risk, Box 1.

^{K3.2} Dieses Szenario orientiert sich am „Domino-Szenario“ der OECD. Vgl. OECD (2020), a.a.O.

^{K3.3} Vgl. dazu und zum Folgenden Robert-Koch-Institut (Hrsg.): Nationaler Pandemieplan Teil II, Wissenschaftliche Grundlagen, Stand 2014, Seite 14.

Abbildung K3.1**Unterstellte Effekte der Epidemie auf das Bruttoinlandsprodukt ausgewählter Länder und der Welt**

Veränderung in Prozentpunkten - Abweichung von Basisszenario ohne Epidemie



Quelle: Berechnungen des IWH.

mithilfe einiger Annahmen: Was die zeitliche Verteilung der Erkrankungen in den kommenden Quartalen betrifft, wird unterstellt, dass die Epidemie ihren Höhepunkt nach etwa einem Jahr erreicht und dann im Laufe eines weiteren halben Jahres zurückgeht. Die Beschäftigten sind annahmegemäß im Schnitt zwei Wochen (10 Arbeitstage) krank. Daraus ergibt sich ein Rückgang des Arbeitsvolumens um 1% im ersten Jahr und um 0,6% im zweiten Jahr. Unter Verwendung einer gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion vom Cobb-Douglas-Typ mit Kapital und Arbeit mit einer Produktionselastizität des Faktors Arbeit von $\frac{2}{3}$ ergäbe sich daraus ein Produktionsverlust von knapp 0,7% im ersten Jahr.

Es ist darüber hinaus damit zu rechnen, dass Erkrankungen den Ausfall weiterer Beschäftigter nach sich ziehen, sei es aufgrund von Quarantänemaßnahmen, sei es weil Angehörige die Pflege übernehmen.^{K3.4} Wie hoch der zusätzliche Arbeitsausfall dann wäre, ist kaum abzuschätzen. Die gegenwärtig recht weitgehenden Freistellungen von Kontaktpersonen wären im Lauf einer ungebremsten Verbreitung der Krankheit aber wohl nicht mehr durchzuhalten.

^{K3.4} Im Fall von Schließungen von Schulen und Kindergärten müssten ebenfalls viele Beschäftigte ihre Arbeit aussetzen, um ihre Kinder zu betreuen.

Wirtschaftspolitische Implikationen der Corona-Krise

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimulieren, sind angesichts der Corona-Krise gegenwärtig nicht angezeigt. Die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionen führen zu kurzfristigen Einbußen, die auch aus ökonomischer Perspektive hinzunehmen sind, um noch größere Folgewirkungen zu verhindern. Es kommt jetzt vor allem darauf an, dass die Ausbreitung des Virus verlangsamt wird. Im nächsten Schritt ist es wichtig, einen übermäßigen Anstieg von Unternehmensinsolvenzen zu verhindern. Hierzu ist ein mehrstufiges System geeignet. Erster Anlaufpunkt der Unternehmen bei Liquiditätsgrenzen sind die Banken. Diese müssen weiterhin funktionsfähig bleiben und sollten nötigenfalls durch liquiditätspolitische Maßnahmen unterstützt werden. Wenn die Risiken in einzelnen Unternehmen so groß sind, dass Banken keinen Kredit gewähren, dann sind staatliche Garantien bei Beibehaltung eines gewissen Eigenrisikos der Banken die nächste Stufe. Stundungen von staatlichen Forderungen (Steuern, Sozialbeiträge) können dazu kommen, wobei es aber schwierig sein dürfte, Mitnahmeeffekte zu verhindern. Wenn alle diese Maßnahmen nicht ausreichen, um größeren Schaden abzuwenden, kommen finanzielle Transfers an einzelne Unternehmen infrage. Darauf sollte man sich jetzt zwar vorbereiten und auch öffentlich signalisieren, dass dieses Instrument bei Bedarf eingesetzt würde, aber für konkrete Entscheidungen über direkte finanzielle Transfers an Unternehmen ist es noch zu früh. Dazu bedarf es einer besseren empirischen Grundlage. Maßnahmen zur Stimulation der Nachfrage wären nur sinnvoll, wenn nach einem Abflauen der Infektionen weiterhin Kaufzurückhaltung bestehen sollte.

Anhang²

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Europa	29,6	1,4	0,9	1,8	2,1	1,8	2,0			
EU 27	21,1	1,5	0,7	1,8	1,3	1,3	1,5	6,8	6,6	6,5
Großbritannien	3,8	1,4	1,1	1,8	1,8	1,5	2,0	3,8	4,0	4,0
Schweiz	0,9	0,9	1,2	1,4	0,4	0,2	0,4	4,4	4,2	4,3
Norwegen	0,6	1,2	2,5	2,0	2,2	2,0	2,0	3,7	3,8	3,8
Türkei	1,0	0,9	3,0	2,7	15,2	12,5	11,0			
Russland	2,2	1,3	1,9	1,7	4,5	3,3	3,8			
Amerika	35,5	1,9	1,6	1,9						
USA	27,3	2,3	1,7	1,8	1,8	2,4	2,5	3,7	3,6	3,7
Kanada	2,3	1,6	1,4	1,9	1,9	1,8	2,0	5,7	5,8	5,7
Lateinamerika ¹	5,9	0,6	1,4	2,3						
Asien	34,9	4,4	3,5	4,5						
Japan	6,6	0,7	-0,4	1,2	0,5	0,7	0,7	2,4	2,6	2,5
China ohne Hongkong	17,7	6,2	5,0	5,8						
Südkorea	2,3	2,0	2,0	2,5	0,4	1,2	1,6	3,8	3,9	3,8
Indien	3,6	5,1	5,1	6,1						
Ostasien ohne China ²	4,7	3,2	3,1	3,8						
Insgesamt ³	100,0	2,6	2,1	2,7						
fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁴	66,6	1,7	1,1	1,8	1,4	1,7	1,9	4,7	4,7	4,7
Schwellenländer ⁵	33,4	4,5	4,0	4,7						
<i>nachrichtlich:</i>										
Exportgewicht ⁶	-	1,9	1,3	2,2						
gewichtet nach Kaufkraftparitäten ⁷	-	3,1	2,6	3,3						
Welthandel ⁸	-	-0,4	0,0	2,4						

¹ Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar.

² Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar.

³ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar.

⁴ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

⁵ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

⁶ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2018.

⁷ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2019.

⁸ Realer Güterhandel. Wert für 2019 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; Prognose des IWH.

² Weitere Tabellen und Abbildungen sind im ergänzenden [Online-Anhang](#) zu finden.

Tabelle A2**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹			Verbraucherpreise ²			Arbeitslosenquote ³		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								
		2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021
Deutschland	24,8	0,6	0,3	2,0	1,4	1,4	1,4	3,2	3,1	3,0
Frankreich	17,5	1,3	0,4	1,4	1,3	1,2	1,3	8,5	8,4	8,4
Italien	13,0	0,3	-1,2	0,4	0,7	0,4	0,9	10,0	10,1	10,4
Spanien	9,0	2,0	1,3	1,8	0,8	1,1	1,7	14,1	13,7	13,3
Niederlande	5,7	1,7	0,9	1,5	2,7	1,6	1,8	3,4	3,2	3,6
Belgien	3,3	1,4	1,2	1,5	1,3	1,1	1,4	5,4	5,4	5,4
Österreich	2,9	1,5	0,8	1,8	1,5	1,7	1,5	4,5	4,5	4,7
Irland	2,4	6,1	3,6	3,6	0,9	1,9	1,9	5,0	4,8	5,0
Finnland	1,7	1,5	0,1	1,5	1,1	0,7	0,4	6,7	6,7	7,0
Portugal	1,5	2,2	1,5	1,5	0,3	1,0	1,2	6,6	6,6	6,1
Griechenland	1,4	2,0	0,9	2,0	0,5	1,0	1,4	17,3	16,4	15,7
Slowakei	0,7	2,3	1,7	3,4	2,8	2,6	2,9	5,8	5,6	5,2
Luxemburg	0,4	2,5	2,2	3,2	1,6	0,7	0,4	5,6	5,7	5,6
Slowenien	0,3	2,4	1,3	2,3	1,7	1,7	2,2	4,6	4,9	5,2
Litauen	0,3	3,9	3,1	3,1	2,2	2,7	2,7	6,3	6,0	4,7
Lettland	0,2	2,2	1,6	3,1	2,8	2,1	2,4	6,3	6,3	5,5
Estland	0,2	4,4	2,8	3,1	2,3	2,0	2,8	4,4	4,6	4,8
Zypern	0,2	3,2	2,0	2,1	0,6	2,0	2,0	7,1	6,2	6,6
Malta	0,1	4,4	3,7	3,2	1,5	1,6	1,7	3,4	3,4	3,4
Euroraum insgesamt	85,8	1,2	0,4	1,6	1,2	1,1	1,4	7,6	7,5	7,4
Euroraum ohne Deutschland	60,9	1,4	0,5	1,5	1,1	1,1	1,4	9,2	9,1	9,0
Polen	3,7	4,1	2,7	3,0	2,1	2,7	2,5	3,3	2,7	2,5
Schweden	3,5	1,3	0,7	2,4	1,7	1,4	1,6	6,8	7,1	6,9
Dänemark	2,2	2,3	1,5	2,0	0,7	1,0	1,3	5,1	4,8	4,6
Tschechien	1,5	2,4	1,4	2,7	2,6	2,2	2,0	2,0	2,0	2,1
Rumänien	1,5	4,2	3,2	3,2	3,9	3,2	3,1	3,9	4,0	4,1
Ungarn	1,0	4,9	3,0	3,0	3,4	3,2	3,0	3,5	3,2	2,8
Bulgarien	0,4	3,6	2,2	2,9	2,5	2,6	2,5	4,3	3,9	3,6
Kroatien	0,4	3,0	1,4	3,0	0,8	1,1	1,3	6,7	5,6	4,3
MOE-Länder ⁴	10,3	3,7	2,4	3,0	2,6	2,6	2,5	3,9	3,6	3,3
EU 27 ⁵	100,0	1,5	0,7	1,8	1,3	1,3	1,5	6,8	6,6	6,5

¹ Die Zuwachsraten sind, außer für die Slowakei, um Arbeitstageeffekte bereinigt.

² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

³ Standardisiert.

⁴ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien.

⁵ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2018.

Quellen: Eurostat; IWF; Prognose des IWH.

Tabelle A3**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

in % bzw. Prozentpunkten

	2018	2019	2020	2021
statistischer Überhang ^a	1,1	0,2	0,1	0,6
Jahresverlaufsrate ^b	0,6	0,5	0,8	1,9
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	1,5	0,6	0,3	1,9
Kalendereffekt ^c	0,0	0,0	0,4	0,0
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ^d	1,5	0,6	0,6	2,0

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ^b Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ^c In % des realen BIP. – ^d Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2020 und 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A4**Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts^a**

in Prozentpunkten

	2018	2019	2020	2021
Konsumausgaben	1,0	1,3	0,8	1,8
private Konsumausgaben	0,7	0,8	0,3	1,4
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,5	0,5	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	0,7	0,6	0,4	0,5
Bauten	0,3	0,4	0,3	0,2
Ausrüstungen	0,3	0,0	0,0	0,2
sonstige Anlagen	0,2	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,3	-0,9	0,0	0,0
inländische Verwendung	2,0	0,9	1,3	2,2
Außenbeitrag	-0,4	-0,4	-0,6	-0,3
Exporte	1,0	0,4	0,3	0,6
Importe	-1,5	-0,8	-0,9	-0,9
Bruttoinlandsprodukt	1,5	0,6	0,6	2,0

^a Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 und 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A5

Hauptaggregate der Sektoren

Jahresergebnisse 2019

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesell-schaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 093,0	2 087,0	346,5	659,5	–
2	– Abschreibungen	637,0	365,1	79,4	192,5	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 456,0	1 722,0	267,0	467,0	–207,7
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 848,1	1 334,5	271,7	242,0	14,4
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	24,8	14,9	0,3	9,5	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	29,3	27,4	0,2	1,8	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	612,4	400,0	–4,8	217,2	–222,1
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 849,1	–	–	1 849,1	13,4
9	– geleistete Subventionen	31,7	–	31,7	–	5,6
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	368,6	–	368,6	–	7,0
11	– geleistete Vermögenseinkommen	647,7	600,3	27,5	19,9	205,7
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	747,7	365,6	21,7	360,4	105,7
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 898,4	165,3	326,2	2 406,8	–307,3
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	446,1	93,2	–	352,9	11,6
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	457,3	–	457,3	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	733,3	–	–	733,3	4,5
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	734,7	136,0	597,8	0,8	3,0
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	613,4	66,4	546,2	0,8	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	606,1	–	–	606,1	8,0
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	356,3	188,9	78,3	89,2	54,5
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	306,6	166,6	24,3	115,8	104,2
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 853,9	119,4	781,2	1 953,3	–262,8
23	– Konsumausgaben	2 493,4	–	699,4	1 794,0	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,4	–	60,4	–
25	= Sparen	360,5	59,0	81,8	219,7	–262,8
26	– geleistete Vermögenstransfers	68,5	18,2	39,6	10,7	3,9
27	+ empfangene Vermögenstransfers	58,7	26,1	12,2	20,4	13,7
28	– Bruttoinvestitionen	734,7	421,0	85,3	228,4	–
29	+ Abschreibungen	637,0	365,1	79,4	192,5	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–2,6	–2,2	–1,3	0,8	2,6
31	= Finanzierungssaldo	255,7	13,2	49,8	192,7	–255,7
	<i>nachrichtlich:</i>	–	–	–	–	–
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 853,9	119,4	781,2	1 953,3	–262,8
33	– geleistete soziale Sachtransfers	440,6	–	440,6	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	440,6	–	–	440,6	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 853,9	119,4	340,5	2 393,9	–262,8
36	– Konsum ³	2 493,4	–	258,8	2 234,6	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–60,4	–	60,4	–
38	= Sparen	360,5	59,0	81,8	219,7	–262,8

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2020
in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 173,7	2 126,9	362,3	684,6	–
2	– Abschreibungen	669,2	382,9	83,2	203,1	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 504,5	1 744,0	279,1	481,4	–197,6
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 904,1	1 372,5	282,7	248,9	15,4
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	25,1	15,1	0,3	9,7	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	30,0	28,0	0,2	1,8	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	605,3	384,4	–3,8	224,7	–213,0
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 905,5	–	–	1 905,5	14,0
9	– geleistete Subventionen	32,9	–	32,9	–	5,4
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	375,4	–	375,4	–	7,1
11	– geleistete Vermögenseinkommen	613,8	570,5	25,2	18,1	214,4
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	716,3	347,7	25,2	343,4	111,9
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 955,8	161,6	338,6	2 455,5	–299,8
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	456,0	93,5	–	362,5	12,2
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	467,7	–	467,7	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	754,5	–	–	754,5	4,6
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	755,8	138,9	616,0	0,8	3,3
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	633,8	67,3	565,7	0,8	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	626,4	–	–	626,4	8,1
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	358,4	176,3	89,7	92,3	55,5
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	312,5	169,0	23,5	120,0	101,3
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 915,5	132,4	790,5	1 992,6	–259,5
23	– Konsumausgaben	2 559,9	–	734,0	1 825,9	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,1	–	61,1	–
25	= Sparen	355,5	71,3	56,4	227,8	–259,5
26	– geleistete Vermögenstransfers	69,4	17,4	41,4	10,6	4,0
27	+ empfangene Vermögenstransfers	59,5	26,1	12,3	21,1	13,9
28	– Bruttoinvestitionen	765,2	432,5	88,7	244,1	–
29	+ Abschreibungen	669,2	382,9	83,2	203,1	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–2,2	–1,7	–1,3	0,8	2,2
31	= Finanzierungssaldo	251,8	32,1	23,1	196,7	–251,8
	<i>nachrichtlich:</i>	–	–	–	–	–
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 915,5	132,4	790,5	1 992,6	–259,5
33	– geleistete soziale Sachtransfers	462,5	–	462,5	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	462,5	–	–	462,5	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 915,5	132,4	327,9	2 455,1	–259,5
36	– Konsum ³	2 559,9	–	271,5	2 288,4	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,1	–	61,1	–
38	= Sparen	355,5	71,3	56,4	227,8	–259,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 und 2021: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2021
in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapital-gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 306,2	2 205,0	377,6	723,6	–
2	– Abschreibungen	704,3	402,8	87,1	214,4	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 601,9	1 802,1	290,5	509,2	–194,7
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 970,5	1 419,6	293,5	257,4	15,9
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	33,3	20,1	0,3	12,9	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	30,8	28,5	0,2	2,2	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	628,9	391,0	–3,1	241,1	–210,7
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 971,9	–	–	1 971,9	14,5
9	– geleistete Subventionen	38,9	–	38,9	–	5,4
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	393,1	–	393,1	–	7,1
11	– geleistete Vermögenseinkommen	596,2	553,8	23,9	18,5	223,5
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	702,8	334,0	21,9	346,8	117,0
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 061,6	171,2	349,1	2 541,3	–300,9
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	460,0	96,3	–	363,7	12,7
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	472,3	–	472,3	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	780,3	–	–	780,3	4,7
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	781,7	143,2	637,7	0,8	3,3
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	656,9	68,2	587,8	0,8	0,6
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	649,2	–	–	649,2	8,3
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	383,0	178,2	102,4	102,4	56,5
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	336,4	188,0	24,3	124,2	103,1
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 021,0	159,6	793,2	2 068,3	–260,4
23	– Konsumausgaben	2 661,5	–	763,3	1 898,2	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,9	–	61,9	–
25	= Sparen	359,5	97,7	29,9	232,0	–260,4
26	– geleistete Vermögenstransfers	73,6	21,0	41,9	10,8	4,0
27	+ empfangene Vermögenstransfers	63,1	28,5	12,5	22,1	14,5
28	– Bruttoinvestitionen	803,4	451,9	93,3	258,2	–
29	+ Abschreibungen	704,3	402,8	87,1	214,4	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–2,1	–1,6	–1,3	0,7	2,1
31	= Finanzierungssaldo	252,0	57,8	–4,4	198,7	–252,0
	<i>nachrichtlich:</i>	–	–	–	–	–
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 021,0	159,6	793,2	2 068,3	–260,4
33	– geleistete soziale Sachtransfers	480,0	–	480,0	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	480,0	–	–	480,0	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 021,0	159,6	313,1	2 548,3	–260,4
36	– Konsum ³	2 661,5	–	283,3	2 378,3	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–61,9	–	61,9	–
38	= Sparen	359,5	97,7	29,9	232,0	–260,4

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2020 und 2021: Prognose des IWH.

Tabelle A6

VGR-Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2020 und 2021

	2019	2020	2021	2020		2021	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,9	0,5	0,6	0,5	0,5	0,6	0,6
Arbeitsvolumen	0,6	0,7	0,7	0,3	1,1	0,7	0,7
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	-0,3	0,2	0,1	-0,1	0,5	0,1	0,1
Produktivität ¹	0,0	-0,1	1,3	-0,1	0,0	1,2	1,3
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,6	0,6	2,0	0,2	1,1	1,9	2,0
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 493,4	2 559,9	2 661,5	1 249,8	1 310,1	1 293,3	1 368,2
private Haushalte ²	1 794,0	1 825,9	1 898,2	893,2	932,7	922,5	975,8
Staat	699,4	734,0	763,3	356,6	377,4	370,8	392,5
Anlageinvestitionen	746,9	780,1	815,1	371,7	408,4	389,2	425,9
Bauten	373,3	397,2	419,4	190,2	207,0	201,7	217,7
Ausrüstungen	239,8	243,2	250,6	115,0	128,3	118,6	132,0
sonstige Anlageinvestitionen	133,7	139,7	145,1	66,5	73,2	69,0	76,1
Vorratsveränderung ³	-12,2	-14,9	-11,7	-3,3	-11,6	-0,4	-11,3
inländische Verwendung	3 228,1	3 325,1	3 464,9	1 618,2	1 706,9	1 682,2	1 782,8
Außenbeitrag	207,7	197,6	194,7	107,2	90,4	108,9	85,8
Exporte	1 612,1	1 639,6	1 682,3	811,3	828,3	831,0	851,3
Importe	1 404,4	1 442,0	1 487,6	704,1	737,9	722,2	765,4
Bruttoinlandsprodukt	3 435,8	3 522,8	3 659,7	1 725,4	1 797,4	1 791,1	1 868,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	3,5	2,7	4,0	2,9	2,4	3,5	4,4
private Haushalte ²	2,9	1,8	4,0	1,9	1,7	3,3	4,6
Staat	5,1	5,0	4,0	5,6	4,3	4,0	4,0
Anlageinvestitionen	5,5	4,5	4,5	3,4	5,4	4,7	4,3
Bauten	8,4	6,4	5,6	5,4	7,3	6,0	5,2
Ausrüstungen	1,9	1,4	3,0	-0,7	3,4	3,2	2,9
sonstige Anlageinvestitionen	4,4	4,5	3,8	5,0	4,0	3,6	4,0
Inländische Verwendung	2,9	3,0	4,2	2,4	3,6	4,0	4,4
Exporte	1,7	1,7	2,6	1,0	2,4	2,4	2,8
Importe	1,8	2,7	3,2	1,4	3,9	2,6	3,7
Bruttoinlandsprodukt	2,7	2,5	3,9	2,2	2,9	3,8	4,0
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>							
Außenbeitrag	6,0	5,6	5,3	6,2	5,0	6,1	4,6
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 365,1	2 391,9	2 450,4	1 177,6	1 214,3	1 200,6	1 249,8
private Haushalte ²	1 708,0	1 718,4	1 763,6	844,1	874,3	860,7	902,9
Staat	657,1	673,5	686,9	333,4	340,0	339,8	347,0
Anlageinvestitionen	683,9	698,0	713,1	336,2	361,7	344,0	369,0
Bauten	324,4	334,0	341,0	163,2	170,8	167,0	174,0
Ausrüstungen	232,9	233,3	238,4	110,2	123,1	112,8	125,6
sonstige Anlageinvestitionen	126,5	130,2	133,2	62,3	67,9	63,6	69,6
inländische Verwendung	3 047,9	3 088,6	3 161,0	1 513,8	1 574,8	1 545,0	1 615,9
Exporte	1 570,9	1 580,9	1 601,6	785,2	795,7	794,5	807,0
Importe	1 379,4	1 410,2	1 440,2	691,2	719,0	701,8	738,4
Bruttoinlandsprodukt	3 240,5	3 261,4	3 325,0	1 608,5	1 652,9	1 638,5	1 686,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,8	1,1	2,4	1,3	1,0	2,0	2,9
private Haushalte ²	1,6	0,6	2,6	0,6	0,6	2,0	3,3
Staat	2,6	2,5	2,0	2,9	2,1	1,9	2,1
Anlageinvestitionen	2,6	2,1	2,2	1,6	2,4	2,3	2,0
Bauten	3,9	3,0	2,1	3,4	2,5	2,3	1,9
Ausrüstungen	0,6	0,2	2,2	-2,2	2,4	2,4	2,1
sonstige Anlageinvestitionen	2,7	2,9	2,3	3,4	2,5	2,1	2,4
inländische Verwendung	1,0	1,3	2,3	0,9	1,8	2,1	2,6
Exporte	0,9	0,6	1,3	0,1	1,2	1,2	1,4
Importe	1,9	2,2	2,1	1,6	2,9	1,5	2,7
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,6	2,0	0,2	1,1	1,9	2,0

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2020 und 2021

	2019	2020	2021	2020		2021	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

private Konsumausgaben ²	1,3	1,2	1,3	1,3	1,1	1,3	1,3
Konsumausgaben des Staates	2,5	2,4	2,0	2,7	2,2	2,0	1,9
Anlageinvestitionen	2,9	2,4	2,3	1,7	2,9	2,4	2,2
Bauten	4,4	3,3	3,4	1,9	4,7	3,6	3,3
Ausrüstungen	1,3	1,3	0,8	1,6	1,0	0,8	0,8
Exporte	0,8	1,1	1,3	1,0	1,2	1,2	1,3
Importe	-0,1	0,4	1,0	-0,2	1,0	1,0	1,0
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,9	1,9	2,0	1,8	1,9	1,9

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 406,8	2 455,5	2 541,3	1 212,8	1 242,7	1 248,4	1 292,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	326,3	336,3	347,9	162,7	173,6	168,2	179,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 522,8	1 569,2	1 623,9	748,5	820,7	774,2	849,8
übrige Primäreinkommen ⁴	557,7	550,0	569,4	301,6	248,4	306,0	263,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	491,5	500,3	520,3	219,1	281,1	233,4	286,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 898,4	2 955,8	3 061,6	1 432,0	1 523,8	1 481,9	1 579,7
Abschreibungen	637,0	669,2	704,3	331,9	337,3	349,1	355,2
Bruttonationaleinkommen	3 535,4	3 625,0	3 765,9	1 763,9	1 861,1	1 831,0	1 934,9
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 561,5	2 613,3	2 707,4	1 260,1	1 353,2	1 304,9	1 402,5
Arbeitnehmerentgelt	1 849,1	1 905,5	1 971,9	911,3	994,3	942,4	1 029,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	712,4	707,8	735,5	348,8	359,0	362,5	373,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,9	2,0	3,5	2,1	2,0	2,9	4,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,1	3,1	3,5	3,0	3,2	3,4	3,5
Bruttolöhne und -gehälter	4,2	3,0	3,5	3,0	3,1	3,4	3,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,1	2,3	2,7	2,2	2,4	2,6	2,7
übrige Primäreinkommen ⁴	-1,7	-1,4	3,5	-0,5	-2,4	1,5	6,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	0,2	1,8	4,0	-1,4	4,3	6,5	2,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,4	2,0	3,6	1,5	2,4	3,5	3,7
Abschreibungen	4,6	5,1	5,3	5,0	5,1	5,2	5,3
Bruttonationaleinkommen	2,8	2,5	3,9	2,2	2,9	3,8	4,0
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2,3	2,0	3,6	1,5	2,5	3,6	3,6
Arbeitnehmerentgelt	4,4	3,1	3,5	3,0	3,1	3,4	3,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-2,6	-0,6	3,9	-2,3	1,0	3,9	3,9

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 492,7	1 539,6	1 599,9	739,3	800,3	768,2	831,6
Nettolöhne und -gehälter	1 021,8	1 052,7	1 095,3	497,2	555,5	517,2	578,1
monetäre Sozialleistungen	606,1	626,4	649,2	311,1	315,3	322,6	326,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	135,1	139,6	144,7	69,0	70,6	71,6	73,1
übrige Primäreinkommen ⁴	557,7	550,0	569,4	301,6	248,4	306,0	263,4
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-97,2	-97,0	-101,0	-48,0	-49,0	-51,0	-50,0
Verfügbares Einkommen	1 953,3	1 992,6	2 068,3	992,9	999,7	1 023,2	1 045,1
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	60,4	61,1	61,9	29,7	31,4	30,1	31,8
Konsumausgaben	1 794,0	1 825,9	1 898,2	893,2	932,7	922,5	975,8
Sparen	219,7	227,8	232,0	129,4	98,4	130,9	101,1
Sparquote (%) ⁶	10,9	11,1	10,9	12,7	9,5	12,4	9,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	4,6	3,1	3,9	3,1	3,2	3,9	3,9
Nettolöhne und -gehälter	4,7	3,0	4,0	3,0	3,1	4,0	4,1
monetäre Sozialleistungen	4,6	3,4	3,6	3,4	3,3	3,7	3,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	5,9	3,4	3,6	3,4	3,3	3,7	3,6
übrige Primäreinkommen ⁴	-1,7	-1,4	3,5	-0,5	-2,4	1,5	6,0
Verfügbares Einkommen	2,9	2,0	3,8	2,3	1,8	3,1	4,5
Konsumausgaben	2,9	1,8	4,0	1,9	1,7	3,3	4,6
Sparen	2,4	3,7	1,8	4,7	2,4	1,1	2,7

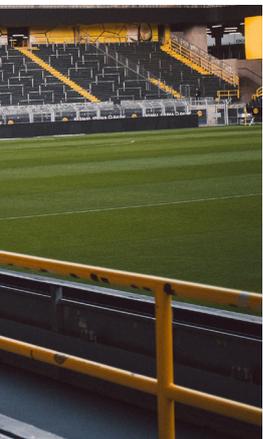
noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2020 und 2021

	2019	2020	2021	2020		2021	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	825,8	843,2	865,4	423,3	419,8	433,3	432,1
Nettosozialbeiträge	597,8	616,0	637,7	298,5	317,5	309,1	328,6
Vermögenseinkommen	21,7	25,2	21,9	16,7	8,5	13,4	8,5
sonstige Transfers	24,3	23,5	24,3	11,0	12,5	11,3	12,9
Vermögenstransfers	12,2	12,3	12,5	5,3	7,0	5,4	7,1
Verkäufe	126,6	131,3	136,3	61,4	69,9	63,8	72,5
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 608,6	1 651,5	1 698,3	816,3	835,3	836,4	861,9
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	479,8	503,3	522,3	243,0	260,4	252,1	270,2
Arbeitnehmerentgelt	271,7	282,7	293,5	135,4	147,4	140,5	152,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	27,5	25,2	23,9	13,2	12,0	12,4	11,5
Subventionen	31,7	32,9	38,9	15,0	18,0	17,9	21,0
monetäre Sozialleistungen	546,2	565,7	587,8	280,9	284,9	292,1	295,7
sonstige laufende Transfers	78,3	89,7	102,4	44,4	45,3	50,7	51,7
Vermögenstransfers	39,6	41,4	41,9	14,5	26,9	14,5	27,4
Bruttoinvestitionen	85,3	88,7	93,3	38,3	50,3	40,3	53,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,3	-1,3	-1,3	-0,5	-0,7	-0,5	-0,7
Insgesamt	1 558,8	1 628,5	1 702,7	784,1	844,3	819,9	882,8
Finanzierungssaldo	49,8	23,1	-4,4	32,1	-9,1	16,5	-20,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	3,1	2,1	2,6	1,9	2,3	2,4	2,9
Nettosozialbeiträge	4,4	3,0	3,5	3,0	3,1	3,5	3,5
Vermögenseinkommen	2,1	15,9	-12,9	26,1	-0,1	-19,6	0,5
sonstige Transfers	-2,0	-3,2	3,3	-1,7	-4,4	3,4	3,2
Vermögenstransfers	-6,8	0,4	2,3	-0,2	0,9	2,2	2,4
Verkäufe	5,3	3,7	3,9	3,6	3,8	3,9	3,8
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	3,6	2,7	2,8	2,7	2,6	2,5	3,2
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	5,3	4,9	3,8	5,8	4,1	3,7	3,8
Arbeitnehmerentgelt	4,8	4,1	3,8	4,1	4,1	3,8	3,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-13,2	-8,5	-5,0	-9,0	-8,0	-6,0	-3,8
Subventionen	7,3	3,8	18,0	3,9	3,8	19,3	17,0
monetäre Sozialleistungen	5,0	3,6	3,9	3,7	3,5	4,0	3,8
sonstige laufende Transfers	4,5	14,6	14,2	14,4	14,8	14,4	14,1
Vermögenstransfers	-6,3	4,6	1,1	9,4	2,2	0,0	1,7
Bruttoinvestitionen	8,8	4,0	5,2	1,4	6,0	5,0	5,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,6	4,5	4,6	4,7	4,3	4,6	4,6
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>							
Finanzierungssaldo des Staates	1,4	0,7	-0,1	1,9	-0,5	0,9	-1,1

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2020: Prognose des IWH.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.

Professor Dr. Oliver Holtemöller

Professor Michael Koetter, Ph.D.

Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion:

Stefanie Müller, M. A.

Layout und Satz: Franziska Exß

Tel +49 345 7753 720

Fax +49 345 7753 718

E-Mail: Stefanie.Mueller@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)

Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820

www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © Marvin Ronsdorf, www.unsplash.com

Konjunktur aktuell, 8. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12. März 2020

ISSN 2195-8319